Dr. Proud's Milch-Seife Dresden.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15, empfiehlt in grösster Auswahl: Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Hugo Borack Altmarkt, Seestrasse 1. Wollene gestrickte Herren-, Damen- und Kinderwesten in allen Farben. Ausverkauf in Blousen und Kleidchen unter Kostenpreis.

Tapeten. Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14. Tapeten.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. 1. Et. Beleuchtungs-Gegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Weihnachts-Neuheiten in Photographie-Albums, Portefeuille-Waaren empfiehlt Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstrasse 3.

Solide, elegante deutsche und englische Tuchwaaren empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Nr. 336. Spiegel: Etatsdebatten im Reichstag. Hofnachrichten. Sächs. Kommission. Stadtverordnetensitzung. Prozeß Leckert-Lützow. Gerichtsverhandlungen. Kunstverein. | Muthmaßliche Witterung: Trübe, kalt. | Sonnabend, 5. Dezbr.

Politisches.

Die Sozialdemokraten werden wohl selbst keine rechte Freude darüber empfinden, daß sie bei den Etatsdebatten im Reichstag den Untergang des „Iltis" und den Hafenarbeiterstreik zur Sprache gebracht haben. Selten sind in den letzten sechs Jahren vom Bundesrathstisch aus die sozialdemokratischen Vorstöße so nachdrücklich und wirkungsvoll abgefertigt worden, wie vorgestern. Selbst Herr v. Bötticher setzte sich der Gefahr aus, des Wohlwollens bei der Sozialdemokratie verlustig zu gehen, daß er sich in der Zeit, als diese einen wesentlichen Faktor der Regierungsmajorität bildete, erworben hatte, indem er sich sogar zu einem kräftigen Appell zur Bekämpfung der sozialrevolutionären Propaganda ermannte. Besonders wohlthuend berührte die tapfere Art, in welcher der Staatssekretär der Marine Hollmann den schmählichen Versuchen der umstürzlerischen Führer entgegentrat, den Heldentod der Mannschaft des „Iltis" mit Spott und Hohn zu behandeln und zum Zwecke der Verunglimpfung unserer Marine auszubeuten. Seine energische Abwehr der sozialdemokratischen Angriffe erinnerte an die überlegene Entschlossenheit, die der frühere preußische Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff gegenüber den revolutionären Hetzern bekundete. Allerdings entsprach auch die Brutalität der Gesinnung, mit der die Sozialdemokraten den Untergang des „Iltis" behandelten, jenem vaterlandslosen hochverrätherischen Gebahren, das sie im verflossenen Jahre bei den Erinnerungsfeierlichkeiten an den großen Krieg von 1870 an den Tag gelegt hatten. Wenn etwas im Stande gewesen war, den Schmerz über das erschütternde Ereigniß, das unsere Marine in den japanischen Gewässern betroffen hatte, zu lindern und Trost zu gewähren, so war es der herrliche Idealismus der Pflicht, der todesverachtenden Treue zu König und Vaterland gewesen, den unsere Seeleute in dem letzten Augenblick bewiesen hatten, als sie sich rettungslos dem Verderben preisgegeben sahen. Mit patriotischem Stolz durften wir uns sagen, daß wir getrost in die Zukunft blicken dürfen, so lange der Schutz unserer nationalen Ehre und Größe zu Wasser und zu Lande, nach innen und außen Männern von der Heldengröße der Besatzung des „Iltis" anvertraut bleibt. Aber die Erweckung dieses patriotischen Hochgefühls war es gerade, was die Sozialdemokraten reizte, das erhebende Vorbild, das jene Helden gegeben hatten, zu beschmutzen und zu verzerren. Erst suchten sie es als ein Märchen hinzustellen, daß die Mannschaft des „Iltis" mit dem Hoch auf den Kaiser und unter dem Gesang des Flaggenliedes, also mit dem Gedanken an das große Ganze, dem sie dienten, an das Vaterland und den Träger der Krone, in den Tod gegangen seien. Dann wurde das Verhalten des Kapitäns kritisirt und ihm vorgeworfen, daß er im Augenblick der höchsten Gefahr nicht seine Pflicht gethan habe, und Liebknecht brachte es schließlich fertig, ohne eine Spur von Beweis gegen die Leitung der Marine den Vorwurf zu richten, sie habe den Untergang verschuldet, weil sie ein nicht mehr seetüchtiges Schiff hinausgesandt habe. Bei diesen Beschuldigungen stützten sich die Umstürzler auf die Autorität eines ehemaligen — Schiffskochs, eines gewissen Schwarz, dessen „Ehre" als Gesinnungsgenosse Liebknecht in Schutz zu nehmen suchte. Es ist dies die Ehre des Sozialdemokraten, der die Helden des „Iltis" im Grabe verunglimpft, um die Mordbrenner der Commune zu verherrlichen. Dieser Herr, so charakterisirte Admiral Hollmann Liebknecht's Freund Schwarz, ist nicht ein Seemann nach meinem Geschmack und auch nicht nach dem Geschmack der Marine; denn es fehlen ihm die Eigenschaften, die wir an einem Seemann besonders schätzen: wahre Gottesfurcht, kameradschaftliches Gefühl für die Berufsgenossen und Verständniß für die Eigenart der Marine. Nachdem der Staatssekretär der Marine die Vorwürfe Liebknecht's, die sich einzig und allein auf die fachmännische Autorität dieses Schiffskochs a. D. stützten, in ihrer ganzen Nichtigkeit und Nichtswürdigkeit dargethan und die sozialdemokratische Partei als eine atheistische, antinationale und antimonarchische Partei gebrandmarkt hatte, die „weder gewillt ist, Gott zu geben, was Gottes, noch dem Kaiser, was des Kaisers ist", war den Aposteln der Revolution die Lust vergangen, im Verlaufe der weiteren Verhandlungen auch nur noch mit einem Worte auf den Untergang des „Iltis" zurückzukommen.

Nicht besser erging es den sozialdemokratischen Führern mit ihrer Behandlung des Hafenarbeiterausstands. Am liebsten hätten sie sich überhaupt nicht auf eine Besprechung des Streiks eingelassen und im sicheren Vorgefühl ihrer Niederlage gingen sie Anfangs nur schüchtern und zaghaft daran, das Thema zu berühren, nachdem es von anderer Seite angeschnitten worden war. Völlig außer Stande, auch nur einen einzigen stichhaltigen Grund für die Streikbewegung vorzubringen, fanden sie schließlich keinen anderen Ausweg, als jegliche Betheiligung und Verantwortung abzuleugnen. Die Sozialdemokratie, betheuerte Liebknecht, hat mit dem Streik in Hamburg gar nichts zu schaffen. Schäfer konnte der Ausstand nicht verurtheilt werden, als durch den feigen Rückzug Derjenigen, die ihn durch ihre Hetzereien herbeigeführt haben und die jetzt ihre Mitschuld nur um deswillen zu leugnen suchen, weil es sich bei diesem Ausstand nicht um eine rein wirthschaftliche Frage, sondern um eine in frivolster Weise heraufbeschworene politische Machtfrage handelt, die zu Ungunsten der im Banne der Sozialdemokratie stehenden Arbeiter entschieden werden wird dank der einmüthigen Entschlossenheit, mit der die Arbeitgeber dem Terrorismus der Umsturzpartei entgegentreten. Hätten diese vor den sozialdemokratischen Hetzern und Verführern kapitulirt oder würde auch nur die geringste Aussicht auf einen Erfolg der Streikbewegung vorhanden sein, so würde Liebknecht vorgestern das Verdienst, den Ausstand inscenirt oder gefördert zu haben, ausschließlich für seine Partei in Anspruch genommen haben. Nicht mit einem Worte konnten weder er noch einer seiner Genossen das Urtheil entkräften, das der Staatssekretär des Innern v. Bötticher über den Ausstand abgab und dem der Vertreter Hamburg's beistimmte: Wenn es je eine Arbeitseinstellung gegeben hat, die nach nüchterner objektiver Beurtheilung der Verhältnisse unbegründet war, dann ist es der Hamburger Streik. Und kein größeres Lob konnte der Entschiedenheit, mit der diesmal Herr v. Bötticher die Revolutionäre behandelte, gezollt werden als durch die Befürchtung des Sozialdemokraten Auer, daß man in dem Kurse der Sozialpolitik eine vollkommene Schwenkung zurück zu der Politik des Fürsten Bismarck gemacht habe. In der That möchte man es als einen wesentlichen Fortschritt in der Erkenntniß der von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren seitens der regierenden Kreise begrüßen wenn sogar Herr v. Bötticher die Mahnung ausspricht, alle Diejenigen, die sich an der Väter Thaten erfreuen und an der schönen Entwickelung unseres Deutschen Reiches ein Interesse haben, möchten in dem Kampf gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie zusammenstehen. Aber die Einsicht, die dieser Mahnung zu Grunde liegt, bleibt so lange werthlos, als sich nicht die Thatkraft hinzugesellt, mit der einst Bismarck den grundsätzlichen, unermüdlichen und unerbittlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgenommen hat und unablässig von Neuem fordert. Und der von Herrn v. Bötticher erwartete Zusammenschluß aller nationalen Kräfte zur wirksamen Abwehr der umstürzlerischen Agitationen wird erst dann zu erreichen sein, wenn die Berliner Regierung mit Bismarck'scher Entschlossenheit die Führung übernimmt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. Dezbr.

* Berlin. Prozeß Leckert-Lützow. Die vom Kriminalkommissar v. Tausch einzuholende dienstliche Ermächtigung, seinen Gewährsmann in der Angelegenheit des Artikels der „Kölnischen Zeitung" zu nennen, wurde vom Polizeipräsidenten Windheim nicht ertheilt.

Berlin. Reichstag. Der Gesetzentwurf, betreffend die Kontrole des Reichshaushalts für 1896/97 wird debattelos in erster und zweiter Lesung angenommen. — Es folgt die Berathung des Vertrags mit Nicaragua. Abg. Hasse (nl.) erbittet zunächst Aufschluß bez. Beruhigung darüber, daß nicht etwa der Vertrag von Guatemala, dem der vorliegende mit Nicaragua nachgebildet sei, 1897 durch Kündigung ablaufe. Bedenklich erscheine ihm, daß der vorliegende Vertrag so lange befristet sei. — Direktor im Auswärtigen Amte Reichardt entgegnet, eine Kündigung des Vertrags mit Guatemala sei nicht erfolgt. Das Bedenken wegen der Länge des Vertrags erledige sich dadurch, daß auch mit Japan ein Vertrag bis 1903 abgeschlossen sei und daß es sich überhaupt nicht um einen Tarifvertrag handle. — Der Vertrag wird in erster und zweiter Lesung genehmigt. — Es folgen Petitionen bez. verschiedene Petitionen. Betreffs Abänderung des Terminitarifs wird von der Kommission „Ueberweisung als Material" beantragt, das Haus beschließt demgemäß, nachdem auf eine Anfrage des Abg. Rickert der Schatzsekretär Graf Posadowsky zugesagt hat, es würde noch in dieser Session dem Hause ein Gesetzentwurf behufs Regelung der Terminberechnungen vorgelegt werden. Eine Petition, betreffend Rückerstattung von Zoll für eingeführte Iron Bricks beantragt die Kommission, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Abg. Dr. Hammacher (nl.) empfiehlt diesen Antrag. Der Import sei erfolgt infolge einer irrigen oder doch nachträglich von der Centralbehörde aus berichtigten Angabe des rheinischen Hauptzollamts über die Tarifirung der Waare. Dem Importeur erwachse daraus ein außerordentlicher Schaden. Es seien das unhaltbare Zustände, denen durch Einrichtung einer autoritativen Zollverwaltungsstelle oder einer obersten Auskunftsbehörde abgeholfen werden müsse. — Abg. Rickert (freis. Ver.) schließt sich dem Antrage an. Er selbst habe einmal drei Jahre warten müssen, ehe in einer ganz unerheblichen Sache Abhilfe erfolgte. — Schatzsekretär Graf Posadowsky: Die Einrichtung einer obersten Instanz ist schon seit 10 Jahren Gegenstand der Erwägung gewesen. Es sind mehrere Wege in Vorschlag gekommen: 1. Zulassung des Rechtswegs. Aber die Richter würden doch immer sich auf Gutachten Sachverständiger stützen müssen, und dieser Weg ist deshalb nicht ganz unbedenklich. Auch wäre die Hoffnung trügerisch, daß auf diese Weise die Entscheidung schneller oder korrekter herbeigeführt würde. Dieselben Bedenken richten sich gegen eine Art Verwaltungsgerichtshof; ein Reichstarifamt kann sich persönlich mir nur vorstellen unter Beziehung von Sachverständigen. Aber alle diese Vorschläge sind unvereinbar mit den verfassungsmäßig garantirten Rechten der Einzelstaaten auf Verwaltung des Zollwesens. Auch würde immer die Schwierigkeit bleiben, daß die Lokalzollbehörde auf Grund ihrer speziellen Beurtheilung der Waaren eine andere Entscheidung treffen würde als die Auskunftsbehörde. Ich bin nicht autorisirt Namens der verbündeten Regierungen eine Erklärung abzugeben, wohl aber kann ich sagen, daß bisher keine Hoffnung vorliegt, die einzelstaatlichen Regierungen würden zu einer Einschränkung ihres verfassungsmäßigen Rechts bereit sein. — Abg. Bachem (Centr.): Eine Auskunftsstelle muß sein. Ob eine einzelstaatliche oder Reichsstelle über die Köpfe der Einzelstaaten hinweg, ist ganz gleichgiltig. Die Zollverwaltung ist die einzige Behörde, welche Richter in eigener Sache ist. Hoffentlich wird der Bundesrath endlich ein Einsehen haben. Ein Kaufmann ist ja nie sicher vor Schäden, entstanden lediglich durch Schuld der Zollbehörde, nicht durch seine eigene Schuld. — Abg. v. Stumm (Rp.) kann sich mit einem Verwaltungsgerichtshofe oder einer Centralbehörde zwar nicht einverstanden erklären, dagegen müßten allerdings Garantien gegeben werden, daß doch nicht nach Jahren nachträglich Zollansprüche seitens der Verwaltung erhoben würden. — Abg. v. Cuny (nl.): Zeigten die verbündeten Regierungen dauernd so wenig Entgegenkommen wie bisher, so werde der Zeitpunkt nicht ausbleiben, wo der Reichstag eine Ausdehnung und Ergänzung erfahre und einer Ausdehnung und Ergänzung der Reichsverfassung werde nähergetreten müssen. — Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen. — Ein gleicher Beschluß „die Ueberweisung zur Berücksichtigung" wird gefaßt betreffs einer Petition betr. Zollrückerstattung für eingeführtes amerikanisches Pökelfleisch, ebenso betr. Zurückerstattung auf Seidne ꝛc. — Eine Petition, betreffend Bekämpfung der Unsittlichkeit, beantragt die Kommission, der Regierung zur Berücksichtigung bez. als Material zu überweisen. — Abg. Hoffel (Rp.) beklagt, daß in der Kommission kein Aufschluß darüber gegeben worden sei, ob die Regierung die seinerzeit unerledigt gebliebene lex Heinze wieder einzubringen beabsichtige. — Abg. Spahn (Centr.) bedauert, daß augenblicklich Niemand am Bundesrathstische sei. Die Regierungen beschäftigten sich und den Reichstag mit allen möglichen Dingen, aber nicht mit einer so wichtigen Sache. — Abg. Schall (kons.) plaidirt ebenfalls für neuerliches gesetzgeberisches Vorgehen auf diesem Gebiete. — Abg. Bachem (Centr.): In den Kreisen, gegen welche sich die lex Heinze richte, scheine sich die Frechheit förmlich zu steigern. Ihm selbst sei beispielsweise eine Broschüre zugegangen, in der unter Anwendung eines Passus einer von ihm gehaltenen Rede gewisse unsittliche Mittel empfohlen würden. — Staatssekretär v. Nieberding erinnert an die Entstehungsursache der sogen. lex Heinze und daran, daß dieser Gesetzentwurf seinerzeit vom Reichstage nicht durchberathen worden sei. Die preußische Regierung habe schon damals erklärt, auf den Gegenstand zurückzukommen. Die letzten Sessionen seien aber, wie man zugeben werde, ohnehin mit derartigen gesetzgeberischen Aktionen sehr belastet gewesen. Außerdem seien die Erwägungen aller der Vorschläge, welche 1892 der Kommission gemacht worden seien, noch nicht zum Abschluß gekommen, und es seien außerdem in der Zwischenzeit noch allerlei neue Petitionen in der Sache eingegangen. Die preußische Regierung sei daher noch in Erwägungen begriffen. Wann eine Vorlage komme, lasse sich noch nicht sagen, keinesfalls sei zu befürchten, daß die Sache fallen gelassen sei. — Abg. Spahn (Centr.): Hoffentlich dauern diese Erwägungen der preußischen Regierung nicht zu lange. Meine Partei wird jedenfalls in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher sich im Wesentlichen mit den Beschlüssen der früheren Kommission deckt. — Abg. Schall (kons.) wünscht Beschleunigung der Sache. — Abg. Bebel (Soz.) erklärt, seine Freunde hätten seinerzeit den Beschlüssen der Kommission nicht in Allem zustimmen können. Sie würden bei der Berathung des Gegenstandes ein Material beibringen, welches die Aufmerksamkeit der Herren im Centrum und rechts nach einer ganz anderen Richtung lenken werde. Herrn Schall besonders werde er beweisen, daß die Zustände auf dem Lande nicht besser seien als in den großen Städten. Das Beweismaterial dafür würden im Namentlichen die Standesgenossen des Herrn Schall liefern. — Der Antrag der Kommission wird angenommen. — Morgen Petitionen.

Berlin. Prozeß Leckert-Lützow. Der Oberstaatsanwalt theilt mit, er habe beim Landgericht I gegen v. Lützow die Untersuchung wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu eröffnen und diesen deswegen in Haft zu nehmen beantragt. v. Tausch's Nachforschungen hätten ergeben, daß der frühere Konsul René sich in einem Berliner Hotel befinde, angeblich krank sei und nicht kommen könne. Der Oberstaatsanwalt beantragt, René sofort vorzuladen. v. Tausch sei bereit, dies zu übernehmen und einen Arzt mitzunehmen, da René Donnerstag Abend ausgehen konnte. Eventuell müsse v. Tausch ermächtigt werden, René sofort zu sistiren, andernfalls müsse René kommissarisch vernommen werden. Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage zu entsprechen. Vertheidiger Lubczynski theilt mit, daß er jene Dame, die Zeugin der Unterzeichnung der Quittung über die 50 Mk. durch Kukutsch in dem Cafehaus gewesen sein soll, aufgefordert habe, mit dem Zuge herzureisen. Zeuge Heller bestätigt, daß v. Lützow ihm bei gelegentlicher Begegnung gesagt habe, der Artikel in der „Welt am Montag" rühre von ihm her, die darin vertretene Meinung sei die jenige des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall gewesen. Jetzt behaupte dieser den Staatsanwalt auf ihn, er werde es ihm aber anstreichen. Zeuge bekundet, daß von v. Lützow gebrachte Nachrichten sich häufig als unrichtig herausstellten. Darauf beschränkte sich sein Verkehr mit v. Lützow. Auf Antrag des Oberstaatsanwalts wird der inzwischen erschienene Zeuge René sofort vernommen. Derselbe bekundet, er kenne keinen der Angeklagten und habe keinerlei Material zu irgend einem Artikel für die „Welt am Montag" geliefert; er habe davon erst nach der Veröffentlichung Kenntniß erhalten. Auf Anfrage des Vertheidigers Glatzel erwidert der Zeuge, er habe weder Beziehungen zum Auswärtigen Amte, noch sei er dort empfangen worden. v. Tausch kenne er nicht; auch habe er keinerlei Beziehungen zur Polizei. Auf Anfrage des Vertheidigers Lubczynski bemerkt der Zeuge, daß der Chef des Civilkabinets v. Lucanus ihn empfangen habe. Auf die weitere Frage erwidert der Zeuge, er habe für den Landtag kandidirt und einige Artikel veröffentlicht, bestreitet aber, berufsmäßig Journalistik zu betreiben. Zeuge v. Tausch sagt aus, er habe den Namen René nicht leichtsinnig genannt, vielmehr sei er von verschiedenen Seiten übereinstimmend auf René hingewiesen worden. Die Mittheilungen seien ihm aber erst kürzlich zugegangen, so daß es ihm nicht möglich gewesen sei, weitere Recherchen anzustellen. Er habe demnach René genannt, damit es nicht scheine, als ob die angeblichen Enthüllungen bloße Phantasien seien. Die Quelle der Mittheilungen zu nennen, lehne er aus dienstlichen Gründen ab. Auf die Frage des Vertheidigers Gennrich an René, ob er in Beziehungen zu Personlichkeiten stehe, die im Auswärtigen Amt verkehrten, bemerkte der Staatssekretär Frhr. v. Marschall, v. Tausch erhielte vom Auswärtigen Amt keinen Auftrag zu Erhebungen nach dem angeblichen Hintermann, wie er überhaupt seit vier Jahren keinen Auftrag vom Auswärtigen Amte erhalten habe. Nachdem der Zeuge René nochmals versicherte, keinen der Angeklagten zu kennen und dem Artikel in der „Welt am Montag" fernzustehen, wird er entlassen. Vor der Vernehmung des Zeugen v. Huhn (Korrespondent der „Köln. Ztg.") bittet Staatssekretär Frhr. v. Marschall um's Wort und führt aus: Es handle sich um einen Artikel in der „Köln. Ztg." vom 28. April über das Schicksal der Militärvorlage, der anknüpfend an die Pensionirung des Generals Spitz Angriffe gegen den General Bahnke richtete. Nach Erhebungen im Ministerium des Innern sei der Korrespondent v. Huhn als Verfasser ermittelt worden. Von ihm, Marschall, darüber befragt, erklärte v. Huhn, diesem Artikel fern zu stehen. Auf Nachforschungen im Ministerium des Innern nach dem Urheber der falschen Beschuldigung erhielt v. Marschall die Antwort, dieselbe stamme von v. Tausch, der sie von einem werthvollen Gewährsmann habe wollte. Als nach der Anfrage des Landgerichtsdirektors Rößler v. Tausch sich weigerte, den Namen zu nennen, verfügte Rößler auf, sofort zum Vorgesetzten, dem Polizeipräsidenten Windheim zu gehen und ihm zu sagen, daß das Gericht es für nothwendig erachte, den Namen des Gewährsmannes zu erfahren. v. Tausch geht ab. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung gab der Oberstaatsanwalt Aufschluß über die Untersuchung und das Ergebniß. Der Vertheidiger Lützow hatte erklärt, daß sein Klient die Wahrheit sagen wolle, es sei aber nöthig, in

Triumph-Seife